Einreicher:innen:
Eva von Angern, Henriette Krebs, Christina Buchheim, Dr. Silvia Ristow, René Schernikau, Mario Blasche, Matthias Schütz, Dennis Jannack, Rayk Ohlmeyer, Kerstin Eisenreich, Sigrid Reinicke, Noah Biswanger, Ute Haupt, Sabine Dirlich, Michael Scholz, Alexander Luft, Kreisverband Stendal

Antrag 1

an die 3. Tagung des 10. Landesparteitages
der Partei Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt
am 28. und 29. November 2026 in Magdeburg

Politik beginnt vor Ort: Mitgliederschub nutzen und Die Linke in den Kommunen neu verankern – Sachsen-Anhalt auf dem Weg zur Kommunalwahl 2029

Der Landesverband der Partei Die Linke Sachsen-Anhalt nimmt die politischen und organisatorischen Vorbereitungen für die Kommunalwahlen im Jahr 2029 auf und erarbeitet zeitnah einen konkreten Zeitplan, schafft die Voraussetzungen zur Diskussion der inhaltlichen Schwerpunkte für die anstehenden Wahlen zu den kommunalen Vertretungen und bindet rechtzeitig die Gliederungen in den Prozess ein.

Städte, Dörfer und Landkreise sind das Rückgrat des demokratischen Gemeinwesens, sie sind Mittelpunkt des sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und sportlichen Lebens. Hier werden Entscheidungen aber auch Versäumnisse der Politik unmittelbar spürbar. Die Höhe der Elternbeiträge für die Kindereinrichtungen der Gemeinde, das undichte Dach der für den Schul- und Vereinssport genutzten Turnhalle oder auch die geplante Schließung der Stadt-bibliothek führen zu erheblichen Debatten innerhalb der Einwohner:innenschaft. Hier liegen bedeutende Potentiale, um das Vertrauen in Politik wieder zu stärken. Gerade für die Partei Die Linke, die sich dem Konzept der Bürger:innenkommune verpflichtet fühlt, ergeben sich auf der kommunalen Ebene enorme Chancen.

Demokratische Entscheidungsprozesse werden jedoch zur Farce, wenn angesichts leerer kommunaler Kassen die Gestaltungsmöglichkeiten arg eingeschränkt sind. Der Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung gerät immer stärker unter Druck, wenn Bundes- und Landespolitik nicht endlich für eine auskömmliche, bedarfsgerechte Finanzierung der Kommunen sorgen. Aufgaben, die den Kommunen übertragen werden, müssen ausfinanziert werden. Ein künftiger, an den Bedürfnissen der Kommunen ausgerichteter Finanzausgleich muss der Stadt-Umland-Problematik und den daraus resultierenden Herausforderungen stärker gerecht werden. Eine gerechte Steuerpolitik und die Heranziehung großer Vermögen zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben eröffnet allen staatlichen Akteuren neue finanzielle Spielräume. Dann wird die beitragsfreie Kinderbetreuung ebenso real wie die Sanierung maroder Schulen oder Turnhallen. Die Bibliothek - auch in kleineren Orten - muss ebenso nicht um ihre Existenz fürchten wie die Theater- und Museenlandschaft.

Der Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen des Landes muss Richtschnur des und unseres Handelns sein!

Neben guten Rahmenbedingungen lebt die Arbeit in den Kommunen auch und vor allem von dem Engagement der Menschen vor Ort. Gewählt in den kommunalen Vertretungen oder als Bürgermeister:in, bei der Feuerwehr, im Sportverein, im Stadtteilzentrum, in Fördervereinen und ähnlichen Initiativen sind es die vielen Ehrenamtlichen, die einen wesentlichen Beitrag zum Zusammenhalt und Funktionieren des Gemeinwohls beitragen. Sie gilt es zu stärken und ihre Arbeit mit angemessenen sowie vernünftigen Vorgaben zu erleichtern.

Die letzten Kommunalwahlen im Jahre 2024 haben landesweit das Koordinatensystem in den kommunalen Vertretungen - vom Ortschaftsrat über den Stadtrat bis hin zu den Kreistagen - hin zu einem rechtsautoritären, konservativen Kommunalverständnis verschoben. Die Linke musste Verluste hinnehmen, in einigen Gremien ist sie gar nicht mehr vertreten. Das soll und muss sich 2029 wieder ändern!

Die Welle der Neueintritte der letzten Monate in die Partei Die Linke und folglich der Mitgliederzuwachs stellen auch ein riesiges Potential für die anstehenden Kommunalwahlen 2029 dar. Gemeinsam können wir Die Linke in den Kommunen neu verankern. Gemeinsam mit den Menschen vor Ort wollen wir Politik anders, nämlich auf Augenhöhe, machen. In jeder Ortschaft, in jeder Gemeinde soll linke Politik für mehr soziale Gerechtigkeit in Sachsen-Anhalt spürbar werden. Gemeinsame Aufgabe des Landesverbandes, der Stadt- und Kreisverbände und aller Gliederungen muss es in den kommenden gut zwei Jahren sein, in der gesamten Mitgliedschaft aber auch unter den Neumitgliedern das Interesse für die Mitarbeit in den kommunalen Vertretungen zu wecken und Interessierten adäquat auf ein mögliches Mandat vorzubereiten.

Der Landesparteitag beschließt:

1. Der Landesvorstand erarbeitet 2027 gemeinsam mit den Stadt- und Kreisverbänden einen konkreten Zeitplan für die inhaltliche, technische und personelle Vorbereitung der Kommunalwahlen im Jahre 2029

2. Der Landesvorstand organisiert unter Einbeziehung der Landesarbeits-gemeinschaft „Kommunales“ und im engen Austausch mit dem kommunalpolitischen Forum Sachsen-Anhalt e.V. die Diskussion zu den Schwerpunkten für die Kommunalwahl 2029.

3. Die Stadt- und Kreisverbände beginnen umgehend mit der Suche nach möglichen Kandidierenden für die Kommunalwahl 2029. Der Landesvorstand steht ihnen beratend und koordinierend zur Seite. Gemeinsam mit der LAG „Kommunales“ und in enger Konsultation mit dem „kommunalpolitischen forums Sachsen-Anhalt e.V.“ organisiert der Landesvorstand die Fort- und Weiterbildung aller Kandidierenden.